Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage **Leben, Wissen, Kunst** und der **Frauen- und Jugendzeitung** einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 196. | Dresden, Donnerstag den 26. August 1909. | 20. Jahrg.

Sächsische Fabrikinspektion 1908.

2. Krisendruck und Arbeiternot.

Im vorigen Artikel haben wir, gestützt auf die vorliegenden neuen Berichte der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten, einige Begleiterscheinungen der Krisen hingewiesen, hier wollen wir an der Hand desselben Materials die Wirkungen des wirtschaftlichen Niederganges auf die Existenzverhältnisse der Arbeiter noch etwas näher beleuchten.

In welchem Maße die wirtschaftliche Konjunktur auf Arbeiterverhältnisse einwirkt, ist in der Regel schon aus den Ergebnissen der Arbeiterzählung ersichtlich. Stark steigt die Zahl der beschäftigten Arbeiter in günstigen Perioden, nur wenig in Zeiten schlechten Geschäftsganges, wo sie zeitweise sogar absolut zurückgeht. In der Regel ist es die besserbezahlte Arbeitskraft des erwachsenen Mannes, die die Unternehmer in Zeiten schlechteren Geschäftsganges zuerst abstoßen, namentlich da, wo sie durch die billigere Frau oder durch jugendliche Arbeiter leicht ersetzt werden kann. Das ist freilich nur teilweise der Fall. Die Arbeiterentlassungen würden noch umfangreicher werden, wenn der Unternehmer nicht auf einen Stamm eingeschulter Arbeiter halten müßte, ohne den er bei einem gewerblichen Aufschwung, auf den man ja immer wartet, nicht reagieren kann. So wurde erst kürzlich im Berichte der Dresdner Handelskammer konstatiert, daß die Unternehmer Beschränkungen in den Arbeiterentlassungen auferlegen würden, weil sie einen Stamm eingerichteter Arbeiter unbedingt halten müßten.

All das muß bei Betrachtung der Arbeiterzählungs-Ergebnisse berücksichtigt werden. Ferner muß dabei beachtet werden, daß diese Zahlen insofern kein genaues Bild der tatsächlichen Betriebe, die Motorkraft eingeführt hat, neu zählpflichtig wird, was in einer Zeit, wo überall Elektrizitätswerke bestehen, auch den kleineren Gewerbetreibenden möglich ist. Auf diese Weise rücken kleine, biedere Handwerksmeister durch Handumdrehen zu Fabrikanten auf, deren Betriebe zählpflichtig werden. Es wird dadurch auch der Arbeiterbestand jedes Jahr sozusagen künstlich vermehrt.

Trotz alledem kommen die Wirkungen der Wirtschaftskrise auch bei der Arbeiterzählung zum Ausdruck. Zwar ist danach trotz des oben erwähnten Hinzukommens neuer zählpflichtiger Betriebe ein absoluter Rückgang der Arbeiterzahl nicht eingetreten, aber die Zunahme ist weit hinter der von 1907 zurückgeblieben. Von 1905 bis 1906 stieg die Zahl aller beschäftigten Arbeiter um den Unterschied von 614 714 auf 644 084, also um 29 370, 1907 wurden 685 377 Arbeiter ermittelt, es war also eine Steigerung der Arbeiterzahl um 41 293 eingetreten. 1908 aber ergab die Arbeiterzählung 692 895 Arbeiter, also nur 7518 mehr. Noch ungünstiger wird das Ergebnis, wenn wir die Zahlen der erwachsenen männlichen Arbeiter miteinander vergleichen. Diese vermehrten sich 1907 um 29 977, im Krisenjahre 1908 aber nur um 3011. Würde nicht der oben angeführten Gründe wegen eine Anzahl kleingewerblicher Betriebe zählpflichtig geworden sein, wäre sicher eine absolute Verminderung der erwachsenen männlichen Arbeiter eingetreten. Eine relative Abnahme ist aber trotzdem festzustellen, denn es bezifferte sich der Anteil der erwachsenen Arbeiter an der ermittelten Gesamtarbeiterschaft 1907 auf 61,29 Proz., 1908 aber nur auf 61,07 Proz. Dagegen stieg der Anteil der beschäftigten Frauen in denselben Betrieben von 30,3 auf 30,7 Proz. Auch an diesen Verhältniszahlen sieht man, daß in der Krise eine Verdrängung des erwachsenen Mannes durch die Frau stattgefunden hat, die noch schlimmer gewesen wäre, wenn nicht die Krise ganz besonders schlimm die Textilindustrie heimgesucht hätte.

Die Wirtschaftskrise hat sich aber tatsächlich viel nachhaltiger auf die Arbeiterverhältnisse bemerkbar gemacht, als nach diesen summarischen Angaben scheint. Natürlich war sie in einigen Bezirken schlimmer als in anderen. In der Kreishauptmannschaft Bautzen haben die Betriebsanlagen eine Vermehrung um 212 erfahren, während gleichzeitig die Arbeiterzahl um 127 zurückgegangen ist. Besonders stark machten sich die Krisenwirkungen in dem Aufsichtsbezirk Zittau bemerkbar, wo bei gleichzeitiger Vermehrung der Betriebe um 6 die Arbeiterzahl von 47 048 auf 46 292, also um 756 zurückging. Bedenkt man, daß gleichzeitig in den meisten Fabriken dieses Bezirks verkürzt gearbeitet, ja tagelang der Betrieb in jeder Woche eingestellt wurde, so kann man sich einen Begriff von den verheerenden Wirkungen der Wirtschaftskrise auf die Einkommensverhältnisse der Arbeiter machen.

Am schlimmsten scheint die **Textilindustrie** vom wirtschaftlichen Niedergange betroffen worden zu sein, die ja im Zittauer Bezirk fast allein eine Rolle spielt. Die Zahl der Textilarbeiter in ganz Sachsen von 201 293 im Jahre 1907 auf 195 140, also um 6153, im Krisenjahre 1908 gesunken. Gleichzeitig wird auch aus dem Aufsichtsbezirk Chemnitz II mitgeteilt, daß die Arbeiterzahl in der Textilindustrie um 1073 abgenommen habe, doch brachte hier die Handschuhfabrikation einen Ausgleich, die über 1000 Personen mehr als 1907 beschäftigte. Im Bezirk Annaberg, wo neben der Posamentenfabrikation ebenfalls die Textilindustrie zu Hause ist, ging der Anteil der erwachsenen Arbeiter an der Gesamtarbeiterschaft von 64,6 auf 64,7 Proz. zurück. Auch in Zwickau war in der Textilindustrie eine Verminderung der Arbeiterzahl um 559 zu beobachten.

Aus der Kreishauptmannschaft Chemnitz liegen folgende Mitteilungen über die Arbeitslosigkeit als Folgeerscheinung des wirtschaftlichen Tiefstandes vor:

Aufsichtsbezirk Annaberg: „Der wirtschaftliche Niedergang, insbesondere die mißliche Lage der Textilindustrie, hat in vielen Betrieben zur Entlassung vieler Arbeiter und zur Arbeitslosigkeit geführt. Außer den Textilarbeitern wurden die in der Schuhwarenindustrie beschäftigten Personen von Betriebseinstellungen und -beschränkungen empfindlich betroffen." — Aufsichtsbezirk Chemnitz I: „Wenn auch der einzelne Unternehmer die Entlassung von Arbeitern durch Kürzung der Arbeitszeit tunlichst zu vermeiden suchte, so haben doch die des geringen Verdienstes wegen freiwillig aus der Arbeit geschiedenen und die entlassenen Arbeiter nur schwer wieder Unterkommen finden können. Namentlich machte sich in der Stadt Chemnitz Arbeitslosigkeit bemerkbar." — Aufsichtsbezirk Chemnitz II: „Arbeitslosigkeit herrschte namentlich in der Strumpfwaren-Industrie während der zweiten Hälfte des Berichtsjahres, da nach Beendigung der Lohnbewegung die Arbeiter infolge Mangels an Aufträgen nur nach und nach wieder eingestellt werden konnten. Von den 3 361 an den Ausständen und der Aussperrung beteiligten Personen waren Ende August noch über 2000 arbeitslos."

Daß auch im Leipziger Bezirk die Krise empfindlich auftrat, geht schon daraus hervor, daß der Anteil der Gesamtarbeiterzahl um 0,44 Proz. sank. Noch deutlicher offenbaren die mitgeteilten Ziffern über die Arbeitslosigkeit, daß auch dort der Notstand unter der Arbeiterschaft empfindlich war. Es heißt darüber: „Eine im November des Berichtsjahres von 34 dem Leipziger Gewerkschaftskartell angeschlossenen Gewerkschaften vorgenommene Zählung ergab für 30 dieser Gewerkschaften mit 50 089 Mitgliedern 2499 oder 4,98 Proz. Arbeitslose. Von den Stuckarbeitern und den Asphaltarbeitern, deren Tätigkeit allerdings von der Jahreszeit abhängig ist, waren zur Zeit der Zählung 67,02 Proz. und 45,85 Proz. und von den Malern 38,47 Proz. ohne Beschäftigung."

Mit besonderer Schärfe hat sich nach den vorliegenden Mitteilungen auch im Bezirk Plauen die Krise bemerkbar gemacht. Es wird unter anderm von dort berichtet, daß die Zahl der Arbeiter von 25 016 auf 24 503 zurückgegangen ist. Daß auch im Dresdner Bezirk Arbeitslosigkeit und sonstige Krisennot zuHause waren, haben wir bereits mitgeteilt.

Die Existenzverhältnisse der Arbeiter wurden natürlich durch die Verminderung der Arbeitsgelegenheit auf das bedenklichste in Mitleidenschaft gezogen. Das wird auch von den sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten bestätigt. So wird aus der Kreishauptmannschaft Chemnitz mitgeteilt:

„Der allgemeine geschäftliche Niedergang hatte für viele Arbeiter eine wesentliche Verminderung ihres Einkommens durch Herabsetzung der Lohnsätze und noch häufiger namentlich in den Strumpfwarenfabriken, Spinnereien und Schuhwarenfabriken durch Verkürzung der Arbeitszeit und Aussetzen der Arbeit an einzelnen Tagen zur Folge. In der Posamentenindustrie trat gegen Ende des Berichtsjahres eine Besserung ein. . ."

Wenn Lohnreduktionen zu Betriebseinschränkungen und Arbeitszeitverkürzungen kommen, da bricht es über die Arbeiter von allen Seiten herein. Das dadurch bewirkte Elend mußte aber um so schlimmer werden, weil es noch durch wahre Wucherpreise für die Lebensmittel gesteigert wurde. Das wird auch von dem Chemnitzer Aufsichtsbeamten bestätigt, der unter anderem noch ausführt: „. . . Der geringere Verdienst war für viele Arbeiterfamilien um so empfindlicher, als der im allgemeinen hohe Preis der wichtigsten Lebensmittel und der Brennstoffe nicht zurückging."

Aehnlich lautet eine Mitteilung aus der Kreishauptmannschaft Bautzen: „Die im Berichtsjahre vorwaltende ungünstige Geschäftslage, die namentlich in der Textilindustrie viele Anlagen zu erheblichen Betriebseinschränkungen zwang, hat die Löhne recht nachteilig beeinflußt. Die Verringerung des Verdienstes war für die Arbeiterschaft um so fühlbarer, als die hohen Preise für Lebensmittel, Feuerung usw. fortbestanden." In Plauen hat sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiter durch die teilweise unzureichende Arbeitsgelegenheit weniger günstiger gestaltet als in den Vorjahren. Nach einer Mitteilung aus dem Bezirk Zwickau haben dort die Arbeiter in den Spinnereien und Stickereien einen beträchtlichen Lohnausfall erlitten. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter sei im allgemeinen ungünstiger geworden. Aus Auerbach wird mitgeteilt:

„Der immer noch ungünstige Geschäftsgang in fast allen Industriezweigen blieb nicht ohne Einfluß auf die Löhne. Von dem Lohnrückgange wurden vorzugsweise erwachsene männliche Arbeiter betroffen." Aehnlich lauten auch die Nachrichten aus den übrigen Bezirken.

So hat sich im ganzen Lande die Krisennot wie giftiger Tau auf die Existenzverhältnisse der Arbeiter ausgebreitet. Das schlimmste aber ist, daß dieser Notstand um so fühlbarer und um so verheerender wird, je länger er dauert. Er hält aber noch heute an und noch lassen sich sichere Anzeichen für ein Bessererwerden nicht nachweisen. Nach wie vor eröffnen sich den Arbeitern nur trübe Ausblicke in die Zukunft.

Papierne Pest.

Die Verleger der Kreisblätter in der Provinz Sachsen traten jüngst in Halle a. S. zu einer Konferenz zusammen und beschlossen, an die Behörde eine Petition zu richten, in der höhere Bezahlung der amtlichen Bekanntmachungen gefordert wird. Statt eines Pauschales von 200 bis 600 M., wie es angeblich mitunter an kleine Blätter bezahlt wird, wollen die Verleger jetzt mindestens 4500 bis 6000 M. haben. Und in einer Kundgebung, die sie veröffentlichen, wird mit der größten Offenherzigkeit erklärt: Kein Geld, keine Schweizer! Kriegen wir nicht die höheren Subventionen, dann wird die Lieferung vorschriftsmäßiger Gesinnung eingestellt. Wörtlich heißt es:

„Nimmt man hinzu, daß gerade die amtlichen Kreisblätter unausgesetzt im Dienste der Regierung und der Ordnungsparteien tätig sind, daß die amtlichen Kreisblätter tagaus tagein regierungsfreundliche Tendenzen von Haus zu Haus tragen und auf diese Weise eine mühevolle, aufreibende, aber auch erfolgreiche Kleinarbeit zugunsten des Staates bieten, so ist um so mehr zu wünschen, daß die Kreisbehörden für eine materielle Stärkung der amtlichen Provinzpresse auch die erforderlichen Mittel in den Etat einstellen . . . Nur dann wird die amtliche Provinzpresse auch fernerhin als Stütze der Regierung und der Ordnungsparteien auf dem platten Lande erfolgreich wirken können, wenn ihr in Zukunft seitens der Kreisbehörden eine angemessenere Unterstützung zuteil wird als bisher."

Welcher schamlose Druck in dieser amtlich-kapitalistischen Gesinnungspresse auf die unglücklichen sich Journalisten nennenden Handlanger ausgeübt wird, zeigt ein weiterer Vorfall, über den im Berliner Tageblatt berichtet wird. Das Kreisblatt in Cleve (Rheinland) hatte nach dem letzten Kaiserbesuch eine harmlose humoristische Plauderei veröffentlicht, in der darauf angespielt wurde, daß das Clever Stadtoberhaupt den Oberbürgermeistertitel diesmal vergebens erwartet hätte — „es wär zu schön gewesen, es hat nicht sollen sein!" Flugs erschien im Kontor des Verlegers der Landrat und verlangte sofortige Entlassung des „schuldigen" Redakteurs, sonst werde dem Blatte der amtliche Charakter entzogen. Der Verleger, dem die Schädigung, wenn nicht gar Vernichtung seiner eigenen Existenz drohte, dachte „Jeder ist sich selbst der Nächste" und entließ den Redakteur.

Wer zur Kreis- und Amtsblattpresse hält, macht sich mitschuldig an der Erhaltung solcher weißer Sklaverei. Wer ein Kreis- und Amtsblatt liest, bezieht seine Geistesnahrung aus vergifteter Quelle. Er erfährt nicht, was ihm zu wissen dienlich ist, sondern nur das, was seine Unterdrücker ihn wissen lassen wollen. Und den Betrug, der an ihm verübt wird, muß er noch mit seinen Steuern bezahlen.

Das Volk kann geistig und moralisch nicht gesunden und erstarken, solange jene papierne Pest der Kreisblattpresse nicht ausgerottet ist. Den Kampf gegen sie in das letzte Haus tragen, heißt für Licht und Kultur kämpfen. Kein denkender Arbeiter sollte sich dieser Aufgabe entziehen!

Das Journal des Zaren.

Im Vorwärts beginnt Burtzeff, der russische Revolutionär, neue Veröffentlichungen. Er will den Nachweis führen, daß der Zar selbst keineswegs, wie oft gesagt wurde, unschuldig an den furchtbaren Schandtaten der russischen Polizei ist, sondern daß er die volle Kenntnis und Mitwisserschaft aller der Greuel, die „in seinem Reiche" angerichtet werden, besitzt.

Burtzeff erzählt, wie es ihm nach langjährigen Bemühungen gelungen ist, Kenntnis von einigen Bänden des Journals zu erhalten, das in einem einzigen Exemplar ausschließlich zur Information Nikolaus' II. angefertigt wird, und zwar vom Direktor des Polizeidepartements. Eine Seite einer Nummer dieses Journals wird in getreuer Nachbildung mitgeteilt. Sie lautet in Uebersetzung:

Eigenhändig von Seiner Majestät angestrichen in Darmstadt am 11. Oktober 1897.

Der Verwalter
des Ministeriums der Inneren Angelegenheiten
Gehilfe des Ministers
B. Ikskul.

Halte es für meine Pflicht, untertänigst Eurer Kaiserlichen Majestät eine Sammlung Beachtung verdienender Informationen des Departements der Polizei zu unterbreiten, für die Zeit vom 11. des vergangenen September bis 6. des laufenden Oktober.

Der Minister der Inneren Angelegenheiten.
Gehilfe des Ministers
Baron Ikskul.

8. Oktober 1907.

No. 361.

Das Journal ist mit der Hand geschrieben, wie die alten Annalen. Die Handschrift ist sorgfältig, immer dieselbe und so leicht lesbar wie Druck. Man könnte sie die Handschrift eines Schreibkünstlers nennen. Das Papier ist Luxuspapier. Das erste Blatt jeder Nummer trägt unten die Unterschrift des Ministers, der Sr. Kaiserlichen Majestät die Zusammenstellung Beachtung verdienender Nachrichten des Departements der Polizei unterbreitet.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090826/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG